

## Soziales darf nicht unter die Räder kommen

„Die soziale Balance in unserer Gesellschaft darf nicht unter die Räder kommen. Werden immer mehr Menschen zu Verlierern abgestempelt, gerät unsere Gesellschaft aus den Fugen“, warnte Christoph Matschie und verwies auf eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen mit den Kernthemen Arbeit, Familie und Bildung.

Die SPD-Fraktion will Thüringens soziale Strukturen davor bewahren, dass sie von der CDU-Landesregierung zerschlagen werden. Die Verunsicherung ist groß - angesichts der von Ministerpräsident Althaus angekündigten Absenkung der Sozialstandards sowie der Abbau- und Umstrukturierungspläne. Um mehr als 40 Millionen Euro will die Landesregierung ihre Zuschüsse an die Kindertagesstätten senken und die Schulhorte aus Landsträgerschaft an die Kommunen abgeben. Thüringer Familien fürchten um die bislang landesweit gute Betreuung ihrer Kinder. Auf dem Spiel stehen die Existenz kleinerer Kindertagesstätten in den ländlichen Regionen, die Betreuungsqualität insgesamt sowie mehr als 1000 Erzieherinnenstellen.

Belastet werden die Familienkassen bereits durch einen erhöhten Elternbeitrag für das Schulesen und den Wegfall der Lernmittelfreiheit. Hatte doch die Landesregierung den Zuschuss für die Schülerspeisung gekürzt und veranlasst, dass die Schulbücher künftig nicht mehr kostenlos erhältlich sind. „Diese Landespolitik ist ganz klar gegen die Familien gerichtet. Schließlich sind Kinder ohnehin ein hohes finanzielles Risiko“, sagte Matschie.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende wirft der Landesregierung vor, mit ihren Kürzungen bei den Kommunen und im Sozialbereich



Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie

die Menschen im Lande in Gewinner und Verlierer zu spalten. Die Mitglieder der Landesregierung liefen ihrem Ministerpräsidenten mit seinen konzeptionslosen Vorschlägen hinterher, ohne die Konsequenzen zu Ende zu denken. Zwischen den Vorschlägen der SPD-Fraktion, Thüringen zukunftsfähig zu machen, und dem konzeptionslosen Herumdoktern der Landesregierung gebe es scharf Trennlinien. Es sei klar erkennbar, wie sich die SPD-Fraktion mit ihrem Eintreten für ein soziales und wirtschaftlich starkes Thüringen vom neoliberalen Kurs und dem von Aktionismus geprägten Handeln der Landesregierung unterscheide. Die Regierung Althaus stehe für eine Politik der kleinen Schritte ohne nachvollziehbares Konzept, deren Entscheidungen oft zu Lasten der Schwächeren gingen. Die sozialdemokratische Fraktion im Landtag werde sich weiter für ein lebenswertes Thüringen stark machen, in dem die Sozialpolitik nicht fünftes Rad am Wagen ist.

### FINANZPOLITIK Doppelzüngig und unwahr

Mit Bezug auf die weiteren Kürzungen bei der kommunalen Finanzausstattung warf SPD-Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde dem Thüringer Ministerpräsidenten Doppelzüngigkeit und gebrochene Wahlversprechen vor. „Vergleicht man Althaus' Wahlreden vor der Landtagswahl mit seiner jetzigen Politik, dann kommt man zur Einschätzung, dass das Ganze eine riesige ‚Verlade‘ ist“, so Pidde. Althaus habe vor der Wahl 2004 eine drastische Reduzierung der Schuldenaufnahme versprochen und danach zum wiederholten Male eine Erhöhung der Verschuldung bekannt gegeben. Kürzungen bei der Finanzausstattung der Kommunen waren von Althaus noch im Mai 2004 ausgeschlossen worden. Mit dem Haushalt 2006/2007 droht nun - nach dem Nachtragshaushalt 2004 und dem Haushalt 2005 - bereits die dritte Kürzungswelle für den kommunalen Bereich innerhalb eines Jahres. Ganz zu schweigen von den bereits beschlossenen oder vorgesehenen Kürzungen des Blindengeldes, des Erziehungsgeldes, der Leistungen für die Bildung und Erwachsenenbildung und der Leistungen für Familien sowie für die Kinderbetreuung. Auch für die Wirtschaftsförderung hat Althaus angebliche Kürzungen des Bundes im vergangenen Jahr kritisiert, um dann am Jahresende 2004 mehr als 30 Mio. Euro Fördermittel des Bundes ungenutzt zurückgehen zu lassen.

„Althaus verstrickt sich mit seiner Politik immer mehr in Widersprüche“, kritisierte Pidde: So habe der Ministerpräsident jetzt festgestellt, dass es derzeit keine Planungssicherheit hinsichtlich der EU-Zuweisungen ab dem Jahr 2007 gebe. Gleichzeitig habe er aber einen Doppelhaushalt vorgeschlagen.

Geldverschwendung durch Spielbank-Miete.

Seite 2

„Familienoffensive“ ist Mogelpackung.

Seite 3

## Land hat Fördermittel nicht in vollem Umfang abgerufen

Eine klare Absage erteilte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Dr. Hartmut Schubert, der Aussage des Wirtschaftsministeriums, dass der Bund nicht alle zur Verfügung stehenden GAFördermittel freigegeben habe. „Das ist schlichtweg falsch, hier werden Ursache und Wirkung vertauscht“, so Schubert. Richtig sei vielmehr, dass das Land die beim Bund zur Verfügung stehende Summe im vergangenen Jahr nicht in vollem Umfang abgerufen habe.

Falsch dargestellt worden sei auch, dass der geringe Abruf der Mittel darauf zurückzuführen sei, dass die Firmen vorgesehene Projekte nicht im geplanten Umfang durchgeführt hätten. Nicht abgerufene Fördermittel hätten durchaus beansprucht werden können, vorausgesetzt, die Landesregierung hätte neue Projekte bewilligt.

Schubert warnte den Wirtschaftsminister zudem davor, die eingeplante globale Minderausgabe im Umfang von 46 Millionen Euro - wie in den vergangenen Jahren - bei der GAFörderung einzusparen. Es dürfe beim Bund und den westdeutschen Ländern nicht der Eindruck entstehen, dass die GAFördermittel nicht mehr in vollem Umfang benötigt würden. Sie seien unverzichtbar für den wirtschaftlichen Aufholprozess Thüringens.

## Spielbank im Erfurter Domhotel: Finanzielles Fiasko für das Land

BETREIBER ÜBERNIMMT NUR BRUCHTEIL DER MIETE VON 33.000 EURO

Den offenbar unterschrittsreifen Spielbankvertrag zwischen der landeseigenen Spielbankgesellschaft und dem Betreiber der Spielbank im Erfurter Domhotel kritisiert der wirtschaftspolitische Sprecher, Dr. Hartmut Schubert, scharf. Nach den bisherigen Informationen handele es sich um einen Vertrag mit mehreren „Haken“: Zum einen hafte das Land weiterhin auf Grund des Mietvertrages mit dem Domhotelinvestor und müsse die Miete von monatlich mehr als 33.000 Euro aufbringen. Der Spielbankbetreiber übernehme davon lediglich einen Bruchteil.

Zum anderen solle die Abgabe aus dem Spielbankbetrieb deutlich reduziert werden. „Damit ist klar, dass die seit Jahren vom Land angekündigte Stiftung Ehrenamt bei weitem nicht über die Mittel verfügen wird, die versprochen wurden“, so Schubert. Für dieses Jahr seien keinerlei Einnahmen zu erwarten - weder für die Spielbank noch für den Landeshaushalt.



Roulette mit Steuergeldern: Verdeckte Subventionen?

„Dieses Vertragsergebnis ist ein einziges Fiasko für die Landesregierung“, so Schubert. Schon mit dem Abschluss des Mietvertrages und der Patronatserklärung Trautvetters vor drei Jahren habe das Land die Risiken wissend in Kauf genommen: „Es verfestigt sich der Eindruck, dass der Vertrag einzig und allein den Zweck hatte, eine zusätzliche Subventionierung für den Hotelbau zu ermöglichen“. Ein solcher Umgang mit Steuergeldern in diesen Zeiten sei schlichtweg ein Skandal.

## Thüringen braucht Verwaltungs- und Gebietsreform

TAUBERT: KEIN STÜCKWERK UND FÖRDERUNG NACH KASSENLAGE

Klare Vorgaben durch das Land für den Zusammenschluss von Gemeinden fordert Heike Taubert, die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Die Ankündigung der Landesregierung, freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden künftig finanziell zu fördern, reiche bei weitem nicht aus. „Wir brauchen eine Verwaltungs- und Gebietsreform aus einem Guss - Stückwerk und die Förderung einzelner Zusammenschlüsse je nach Kassenlage helfen uns nicht weiter“, sagte Taubert und forderte Ministerpräsident Althaus (CDU) auf, die Blockade ei-

ner umfassenden Verwaltungs- und Gebietsreform endlich aufzugeben.

Einzelne CDU-Abgeordnete sowie der Thüringer Gemeinde- und Städtebund hatten ebenfalls die Notwendigkeit der Gebietsreform eingeräumt.

Die SPD-Fraktion hatte die Einsetzung einer Enquetekommission beantragt, damit noch in dieser Wahlperiode mit einer durchdachten Verwaltungs- und Gebietsre-



Heike Taubert

form begonnen werden kann. Die Kommission soll festlegen, welche Gemeindegrößen und Kreisstrukturen sinnvoll sind. Einig werden solle man sich dort auch darüber, welche Aufgaben Gemeinden, Städte und Kreise in Zukunft erfüllen sollen.

„Wenn die Landesregierung alles dem Selbstlauf überlässt, kommen wir nie zu effizienten und kostengünstigen Strukturen im Freistaat“, so Taubert. Angesichts der zurückgehenden Bevölkerungszahlen müssten sonst immer weniger Menschen die überdimensionierte Verwaltung und die Infrastruktur bezahlen.

# Reform mit tiefgreifenden Folgen

REGE DEBATTE ÜBER ERSTE BILANZ ZU HARTZ IV

Die SPD-Fraktion macht sich für die Angleichung des ALG II-Regelsatzes in den neuen Bundesländern an den in Westdeutschland stark und forderte eine zügige Korrektur. Das war eine der Nachbesserungen, die bei der Hartz IV-Tagung Ende April in Erfurt gefordert wurde.

Auf Initiative der Arbeitsmarktpolitiker Walter Pilger (Landtag) und Ernst Kranz (Bundestag) tauschten Vertreter von Sozialverbänden, Ministerien, Arbeitsverwaltung und Politik erste Erfahrungen mit der Umsetzung der Hartz IV-Reform in Thüringen aus. Mit dabei: Dr. Rolf Schmachtenberg, Leiter der Abteilung Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung im Bundeswirtschaftsministerium. Er sprach von einer der „umfangreichsten und kompliziertesten Reformen, die Deutschland je erlebt hat“. Ihre Erfahrungen vor Ort schilderten Hans Georg Müller, Leiter der Arbeitsgemeinschaft Nordhausen, und Johanna Kühn, die Werkleiterin von Jenarbeits in Jena - und beschrieben die Entwicklung der Reform als positiv. Der Großteil der bestehenden Probleme sei den verwaltungstechnischen Neuerungen anzulasten, so Müller und Kühn. Als sehr zeitintensiv erwiesen sich die Umstrukturierungen, die im Zuge

der Aufgabenumverteilung vollzogen werden müssten. Ein weiterer Punkt sei das erhöhte Arbeitsaufkommen, das durch die hohe Anzahl von Widersprüchen gegen die Bescheide entstanden sei. Diesem sei man mit der Einstellung von etwa 50 Juristen begegnet, so Max Volker Dähne, Leiter der Regionaldirektion der Arbeitsverwaltung.

Vertreter der Gewerkschaften, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Arbeitsloseninitiativen forderten Nachbesserungen, die nicht nur die Antragsstellung betrafen. So wies ein Vertreter der IG-Metall unter anderem auf die Gefahr des Missbrauchs von 1-Euro-Jobs hin.

Da die Diskussionsrunde sehr gut besucht war, lässt sich schließen, dass das große öf-



Walter Pilger (rechts) - einer der Initiatoren der Hartz IV-Konferenz forderte eine Angleichung des ALG II Ost an den westdeutschen Regelsatz.

fentliche Interesse am Thema Arbeitsmarktreform ungebrochen ist. „Dem im Vorfeld der Reform häufig zitierten Kommunikationsdefizit könnte durch weitere Veranstaltungen wie diese Rechnung getragen werden“, so Pilger von der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.

## „Familienoffensive“: Billige Mogelpackung

DIE FAMILIENPOLITIK DER CDU IST RÜCKWÄRTSGEWANDT UND FRAUENFEINDLICH

**Die Thüringer Familienoffensive ist vor allem eines: Ein Kürzungsprogramm für die Kindertagesstätten und der Versuch, die Thüringer Frauen zurück an den Herd zu bekommen.**

Mit viel Tamtam verkündete Thüringens Ministerpräsident Althaus im Frühjahr die so genannte Familienoffensive der CDU. „Damit Thüringen noch familienfreundlicher wird“, sagte Althaus.

Aber: Folge der Familienoffensive, rechnet man gründlich, sind Kürzungen bei den Kindertagesstätten im Umfang von ca. 25 Prozent bzw. 40 Millionen Euro. Das allerdings wird von der Regierung verschwiegen und den Bürgern mit allerlei Bonbons versüßt, die sich bei genauerem Hinsehen als echter „Magenbitter“ entpuppen. Denn: Es ist so gut wie unvermeidlich, dass die Gebühren für die Kitas wegen der gekürzten Landeszuschüsse in den kommenden Jahren erheblich steigen werden. Und Eltern ihre Kinder deshalb aus Kostengründen auch von der Betreuung ab-

melden werden. Außerdem sind die Entlassung von mehr als 1.000 Erzieherinnen zu befürchten.

150 Euro monatlich - das so genannte Thüringer Erziehungsgeld - sollen Eltern künftig im 3. Lebensjahr pro Kind bekommen, ganz egal, über welches Einkommen sie verfügen. Damit gehört das einkommensabhängige Landeserziehungsgeld, das Eltern für Kinder im Alter von 2 bis 2,5 Jahren bislang in Thüringen erhielten, der Vergangenheit an. Jetzt gibt es eine unsoziale Förderung nach dem Gießkannenprinzip.

Klar ist stattdessen, dass die Kommunen einen Investitionszuschuss pro Neugeborenem von 1.000 Euro vom Land bekommen - was sie damit machen, bleibt weitestgehend ihnen überlassen.

Ebenso ist es mit der monatlichen „Kinderpauschale“ an die Kommunen von 100 Euro je Kind im Alter von 3 bis 6,5 Jahren. An den Kosten eines Kindergartenplatzes mit Erstattung von 40 bis 50 Prozent der Personalkosten für das Fachpersonal beteiligt sich das

Land künftig nicht mehr. Auch der Sachkostenzuschuss für freie Träger von 20,45 Euro pro Platz und Monat fällt weg.

Weiterhin will die Regierung eine Stiftung „Familiensinn“ für Aufgaben wie Schwangerenberatung und Familienbildung ins Leben rufen: Die 34 Millionen dafür werden an anderer Stelle - zum Beispiel - bei den Kitas weggenommen. Der jährliche Ertrag der Stiftung wird allerdings niedriger sein als die bisher direkt geförderten Leistungen.

Fazit: Die Regierung Althaus verkauft ihre konservative Familienpolitik als Errungenschaft für Eltern, Kinder und Betreuungseinrichtungen: mehr Freiheit gleich mehr Möglichkeiten. In Wirklichkeit verbirgt sich dahinter eine rigide Kürzungspolitik: Die familienbezogenen Leistungen einschließlich der Kindertageseinrichtungen werden voraussichtlich allein im Jahr 2006 um 42 Mio. Euro gekürzt. Entstehende Kosten werden auf Eltern und Kommunen abgewälzt und führen zur Schließung von Kindergärten und zur Entlassung von pädagogischen Fachkräften.

# Schwäbin mit Sprachwitz assistiert der Pressestelle

PRAXISNAHE BERUFSVORBEREITUNG FÜR CORNELIA RAUPP

Eine Schwäbin hat bis vor wenigen Wochen ein Praktikum in der Pressestelle der SPD-Fraktion absolviert: Cornelia Raupp (30). In sprachlicher Hinsicht kann bei ihr von der sprichwörtlichen Sparsamkeit der Schwaben keine Rede sein: Beim Erzählen purzeln die Worte nur so aus ihr heraus. So biegsam, wie die Erscheinung der schlanken jungen Frau ist, erscheint auch ihre Sprache: Ausdrucksstark und wortgewandt trägt sie ihre Sache vor. Da wundert es wenig, dass sich die gebürtige Friedrichshafnerin immer schon für Kommunikation interessiert. Noch immer sinniert sie manchmal über den bislang unerfüllten Traum, Logopädin oder Radiomoderatorin zu sein.

„Mädel, du musst was Richtiges studieren“, so die einhellige Meinung ihrer Eltern vor Beginn ihres Studiums Ende der 90-er Jahre, wodurch sich Cornelia Raupp schließlich entschied, sich mit Soziologie, Politik sowie Interkultureller Wirtschaftskommunikation zu befassen. Dennoch: Mit der Wahl ihres Hauptfachs - Soziologie - ist Cornelia Raupp ihren Interessen sehr nahe gekommen, hat sie doch großes Interesse an gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Menschen. Schon deshalb würde sie später einmal gerne im Bereich Personalentwicklung arbeiten oder in die therapeutische Richtung gehen.

Nun, nach Abschluss ihres Studiums, heißt es erst einmal auf Stellensuche gehen. Gerne würde die lebhaft junge Frau in Thüringen bzw. in Ostdeutschland arbeiten. Cornelia Raupp rechnet aber auch da-



Praxisnahe Berufsvorbereitung für Cornelia Raupp

mit, wegen des Mangels an Arbeitsplätzen wieder in den Westen Deutschlands zurück zu müssen. Nicht zuletzt wegen der Liebe, die sie in Jena gefunden hat, fiel ihr das schwer. Hat sie sich, die nach eigenen Angaben „fast vollständig Assimilierte“, doch einen „Ostmann“ geangelt, mit dem sie in ihrer derzeitigen Heimatstadt Jena lebt.

Jena, die Stadt der Wissenschaft, ist ihr Lebensmittelpunkt, wo sie ins Kino, in eine der zahlreichen Kneipen oder auf Partys geht. Denn eines haben die „Ossis“ den Wessis ihrer Ansicht nach voraus: Die Fähigkeit, rasch und unkompliziert Kontakt aufzunehmen und zu halten. Meint die Kommunikationsexpertin....

## Röll referierte über Sozialdemokraten in Buchenwald

Das Ende des 2. Weltkrieges vor 60 Jahren war Anlass für die SPD-Fraktion, zu einer Diskussionsveranstaltung in den Landtag einzuladen. „Sozialdemokraten in Buchenwald“ war das Thema der Veranstaltung, zu der der Autor Wolfgang Röll eine Einführung gab und dem Publikum in der anschließenden Diskussion Rede und Antwort stand.

Schon bald nach Hitlers Machtergreifung wurde die SPD verboten, und ihre Mitglieder wurden als politische Feinde verfolgt. Viele Sozialdemokraten wurden bei politischen Schauprozessen verurteilt und zur Verbüßung ihrer Haftstrafe in Konzentrationslager eingewiesen, so auch in das 1937 errichtete KZ Buchenwald.

Röll, der 1948 geboren wurde, ist Verfasser eines Buches zu dieser Problematik - der ersten Veröffentlichung über sozialdemokratische Häftlinge überhaupt. Er studierte in Jena Deutsch und Geschichte und ist seit 1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Buchenwald.



Wolfgang Röll (Mitte) im Gespräch mit Birgit Pelke und Uwe Höhn.

## SPD fordert Gedenktafel im Landtag

DÖRING: „GESTAPO-SITZ“ NICHT AUSBLENDEN

Eine Gedenktafel, die an die Nutzung eines Kellers im Landtagsgebäude durch die Gestapo von 1939 bis 1945 erinnert, fordert die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. „Bis heute wird im oder am Fraktionsgebäude des Thüringer Landtages in keiner Weise daran erinnert“, kritisierte der Fraktionsvize Hans-Jürgen Döring. Die Tatsache, dass hier die regionale Gestapo - und damit ein wesentlicher Be-

standteil des nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Überwachungsapparats - ihren Sitz hatte, dürfe nicht ausgeblendet werden. Dies gelte umso mehr, da von dem Fraktionsgebäude aus nachweislich die Deportation der Thüringer Juden in die Vernichtungslager organisiert wurde. Döring forderte die Abgeordneten des Landtages auf, sich der Geschichte ihres Fraktionsgebäudes zu stellen.

### IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17  
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Satz: GUM-Werbung, Erfurt; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt  
Redaktionsschluss: 31.05.2005

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!